

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Sozialausschuss  
Herrn Werner Kalinka  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Per [Sozialausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Sozialausschuss@landtag.ltsh.de)

**Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt**  
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland  
Hölerwiete 5, 21073 Hamburg  
[www.kda-nordkirche.de](http://www.kda-nordkirche.de)

Heike Riemann  
Betriebswirtin, Regionsleitung Hamburg  
Fon 040 / 51 9000 - 942, Fax - 984  
[heike.riemann@kda.nordkirche.de](mailto:heike.riemann@kda.nordkirche.de)

Hamburg, den 31.01.2020

Stellungnahme zum Bericht der Landesregierung ( Drucksache 19/1510):  
**„Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein“**

Sehr geehrter Herr Kalinka,  
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,

vielen Dank für Ihre Anfrage zum o.g. Bericht der Landesregierung. Wir begrüßen es sehr, dass Sie sich im Sozialausschuss des Landtages mit den Arbeitsbedingungen auf den Schlachthöfen in Schleswig-Holstein befassen und schicken Ihnen dazu gern unsere Stellungnahme.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ist der Fachdienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland für Wirtschaft und Arbeit. Wir setzen uns ein für menschenwürdige Arbeit in sozialer Absicherung und Selbstbestimmung.

Bereits seit Beginn 2018 ist ein Schleswig-Holstein -weites Bündnis für die Verbesserung der Situation für Werkvertragsstätige auf den Großschlachthöfen aktiv. Der KDA ist Mitglied in diesem Bündnis aus Gewerkschaften und Kirchen und Mitinitiator und Mitveranstalter von Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen dazu. Unter anderem sind aus diesen Veranstaltungen zwei Runde Tische an Schlachthofstandorten entstanden. Der KDA ist z.B. selbst beim Runden Tisch in Kellinghusen aktiv dabei.

Wir begrüßen vor diesem Hintergrund ausdrücklich die Überprüfungs- und Informationskampagne zu den Unterkünften und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Fleischindustrie und möchten Ihnen für die weitere Beratung und Arbeit insbesondere folgende Aspekte mit auf den Weg geben:

#### **1. Verstärkte und dauerhafte Kontrollen**

Die in Schleswig-Holstein auftretenden Verstöße gegen Arbeitszeit- und Arbeitsrecht, überhöhte Mieten und schlechte Wohnverhältnisse , von denen das Bündnis immer wieder Kenntnis erhält, sind keine bedauerlichen Einzelfälle. Dies veranschaulichte spätestens die

„Initiativenkonferenz“ des Bündnisses vom 15.07.2019 , zu der Vertreter\*innen von Beratungseinrichtungen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem Bundesgebiet angereist waren. Zu den Forderungen der Abschlusserklärung gehört deshalb die Forderung nach verstärkten Kontrollen in engmaschigen Zeiträumen und die Anregung einer Arbeitsinspektion an industriellen Schlachthöfen, um eine dauerhafte Kontrolle möglich zu machen. Wir bekräftigen hiermit diese Forderung.<sup>1</sup>

## **2. Einrichtung eines Runden Tisches Schleswig-Holstein/Einbindung verschiedener Perspektiven**

Bereits 2016 hat der KDA zur der Situation auf den Schlachthöfen Schleswig-Holsteins Stellung genommen (Drucksache 18/4105) und sich der Forderung nach einer regelmäßigen Überprüfung der Situation der Beschäftigten auf den Schlachthöfen angeschlossen. Aus unserer Sicht dafür unerlässlich ist es, die Erfahrungen und Erkenntnisse z.B. aus Beratungseinrichtungen, aus Behörden und Gewerkschaften, Bündnissen und von weiteren Akteuren zu berücksichtigen und mit einem konstruktiven Dialog zu verbinden. Hiermit möchten wir Ihnen erneut einen „Runden Tisch zur Fleischindustrie Schleswig-Holstein“ vorschlagen und Sie dazu ermutigen.

Sicherlich sind „Runde Tische“ kein Instrument für schnelle Erfolge, von der Langzeitwirkung der gemeinsamen Aussprache und Beratung sind wir jedoch überzeugt. Selbstverständlich gehören auch die Betreiber und Arbeitgeber der Schlachthof- und Fleischverarbeitungsbetriebe an diesen „Runden Tisch SH“, unbedingt aber auch die Werkvertragsunternehmen. Bei ihnen, wie im Bericht der Landesregierung selbst aufgeführt, liegt die Arbeitgeberverantwortung .Die Erfahrung der Runden Tische zeigt, Gespräche per Übermittlung und auf Umwegen sind nicht zielführend.

## **3. Verbesserung der Datenlage**

### **3.1. Durch Veränderungen bei statistischen Erhebungen**

Hilfreich für die Arbeit der Runden Tische (kommunal und landesweit), aber auch für die Arbeit der staatlichen Arbeitsschutzbehörde wären zudem Statistiken, die über die Anzahl der Werkvertragstätigen in der Fleischindustrie Schleswig-Holsteins und die Art ihrer Arbeitsverhältnisse wirklich Auskunft geben. Zur Zeit sind Werkvertragstätige (der Fleischindustrie, aber auch aus anderen Branchen) statistisch unsichtbar. Dabei übersteigt die Anzahl der Werkvertragstätigen auf den Schlachthöfen/ in der Fleischverarbeitungsindustrie Schleswig-Holsteins die Anzahl der in den Unternehmen fest angestellten Mitarbeitenden und rechtfertigt schon allein daher den genaueren Blick.

Es ist schon auffällig, dass im Bericht der Landesregierung Schlachtkapazitäten mit einer genauen Statistik nach Tierarten genannt werden können, es aber in diesem Bericht keinerlei statistische Angaben über die Anzahl der auf den Schlachthöfen Tätigen gibt. Im Bericht weist die Landesregierung selbst auf fehlende spezifische Angaben für Schleswig-Holstein hin, allerdings beschränkt auf die Umwandlung von Entsendungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Wir wünschen uns eine umfassendere Erfassung und Darstellung .

---

<sup>1</sup> Die Abschlusserklärung inkl. Forderungen an die Politik finden Sie [hier](#).

### **3.2. Durch einen eigenen Bericht zur Selbstverpflichtung für Schleswig-Holstein**

Unerlässlich erscheint es uns auch, einen eigenen Bericht mit der Fleischwirtschaft zur Umsetzung der Selbstverpflichtung und gezielte Maßnahmen für Schleswig-Holstein zu vereinbaren.

Ein solcher Bericht würde für mehr Transparenz sorgen und belegen, ob aufgeführte Maßnahmen auch an den Standorten Schleswig-Holsteins durchgeführt werden und im Sinne einer Verbesserung der Situation der hier lebenden Menschen greifen.

### **4. Verbesserung der Möglichkeiten Deutsch zu lernen**

Im Bericht der Landesregierung ist die Notwendigkeit der Verständigung bereits in Bezug auf die Notwendigkeit fachliche Anweisungen umsetzen zu können, erwähnt. „Sprachfähigkeit“ (in einem fremden Land) ist zugleich aber der Schlüssel zu sehr viel mehr: zur Verständigung im Alltag, der Möglichkeit seine Angelegenheiten (z.B. auch Arztbesuche) selbstständig erledigen zu können, sich mit hier geltenden Strukturen, Kultur und Regelungen auseinanderzusetzen und diese verstehen zu können... zusammengefasst: um selbstbestimmt leben zu können.

Nach unserer Erfahrung erhalten osteuropäische Werkvertragstätige in der Fleischindustrie in Schleswig-Holstein bisher nur wenig bis keine Unterstützung dafür durch ihren Arbeitgeber (oder den dahinter stehenden Auftraggebern). Zu hören ist z.B. das Argument, dass an anderen Standorten der Bundesrepublik Angebote nur wenig nachgefragt worden seien. Lange Arbeitstage und Unterbringungen in Unterkünften, die eine gemeinsame An- und Abfahrt vor/nach der Arbeit erforderlich machen, erschweren zudem das selbstständige Suchen und Finden von erreichbaren Deutschkursen. Unser Eindruck: Hier fehlt es gegenwärtig noch an der notwendigen Aufmerksamkeit aller.

### **5. Die zivilgesellschaftliche Sensibilität gegenüber der Herstellung von Lebensmitteln steigt.**

Wir erleben in unserer Arbeit eine ständig wachsende Sensibilität der Zivilgesellschaft gegenüber der Herstellung und Zusammensetzung von Produkten. Zunehmend richtet sich der Blick dabei auch auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der an der Produktion Beteiligten und auf die Zusammenhänge. Bewahrung der Schöpfung und ein rücksichtsvoller Umgang mit allen Teilen dieser Schöpfung ist uns als Teil der Evangelischen Kirche wichtig. Wir begrüßen diese Entwicklung und freuen uns, dass Sie zur Stellungnahme bereits einen erweiterten Kreis an Einrichtungen und Institutionen eingeladen haben.

Zu den Fragen, wie die dazu gehörigen Regelungen für Transparenz, die Einhaltung von Rechten und Regelungen und ein soziales Miteinander - kurz ein Leben in Würde für alle - geschaffen werden können, kommen wir gern ins Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Riemann

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Nordkirche